KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 261 - 28. Jahrgang
OKTOBER 2020
Spendenbeitrag 50 Cent

WENN DIE LINKE ZWEIMAL KLINGELT

Am 12. September fand der Kreisparteitag der Rostocker LINKEN statt – mit Mundschutz und gebührendem Abstand.

Zu Beginn berichtete der Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin aus der Arbeit der vergangenen sechs Monate. Mit einer Plakataktion forderten wir im Mai mehr Anerkennung für systemrelevante Berufe, z.B. in der Pflege. Das passte gut in die langfristige Strategie unserer Partei, diese Berufe aufzuwerten, vor allem durch eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Da müssen wir konsequent dranbleiben.

Die während der Coronakrise aufkeimende Kritik am Kapitalismus darf nicht ergebnislos versanden. Vor Ort in Rostock bedeutet dies für uns eine kritische Auseinandersetzung mit Investoren, die uns schlecht bezahlte Arbeitsplätze bringen (Decathlon, Amazon). Die Krise der lokalen Wirtschaft (Einzelhandel, Werften, Kreuzfahrt, etc.) dürfe nicht auf den Rükken der Beschäftigten ausgetragen werden, forderte Carsten.

Unser Kreisverband hat sich auch kritisch mit den Protesten gegen die Anti-Corona-Maßnahmen auseinandergesetzt. Das war ein Spagat zwischen Verständnis für Kritik und Warnung vor der Instrumentalisierung der Proteste durch Rechtsextreme. Aber wir müssen in solchen gesellschaftlichen Debatten klar Stellung beziehen, auch wenn wir damit nicht überall auf Verständnis stoßen.

Euphorisch berichtete Eva-Maria Kröger über ihre Haustürgespräche

Nach seinem Bericht ließ Carsten die Delegierten unverbindlich über die Bundesgartenschau in Rostock 2025 abstimmen. Nur drei Anwesende sprachen sich für die BUGA aus. Auch Eva-Maria Kröger ging in ihrem Bericht aus der Fraktion auf dieses Thema ein. Klar ist: Wir sind nicht per se gegen die Blumenschau oder die Entwicklung des Stadthafens. Aber vor dem Hintergrund Corona-bedingter Millionendefizite im Stadtsäckel muss die Stadt Prioritäten setzen. Die Debatte über die Anschaffung der neuen Straßenbahnen zeigt dies exemplarisch.

Wir wollen als LINKE zuspitzen: Finanzieren wir die BUGA, oder bauen wir ein neues Theater, eine neue Eishalle/Schwimmhalle, sanieren wir Kitas und Schulen, erneuern wir die Geh- und Radwege? Eva stellt auch das Argument des OB infrage, dass die regionale Wirtschaft von der BUGA besonders profitieren würde. Für die wichtigsten Bauprojekte gibt es in Rostock gar nicht das Know-how.

Fortsetzung auf Seite 3

US-ERPRESSUNGEN NICHT NACHGEBEN

Den Antrag der Grünen im Bundestag, die Ostseepipeline Nord Stream 2 zu stoppen, stößt bei der Spitze der Landes-LINKEN auf deutliche Kritik. „Trump erpresst die Bundesregierung und erhält von den Grünen auch noch Beifall. Das finde ich sehr empörend. Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und die EU entscheiden eigenständig über ihre Energieversorgung“, so Wenke Brüdgam.

Nach den Einschüchterungsversuchen mit Briefen und Sanktionsdrohungen der USA sorgte die Debatte um den Mordversuch an den russischen Oppositionellen für Auftrieb bei den Nord Stream 2 Gegnern. Neben dem Antrag der Grünen, Nord Stream 2 aus ökologischen Gründen zu stoppen, berichtete die FAZ vom Plan der Grünen-Vorsitzenden Baerbock, EU-Sanktionen gegen die Ostseepipeline zu erwirken.

Torsten Koplin hierzu: „Anstatt sich ständig an diesem Infrastrukturprojekt abzuarbeiten, sollten sich Baerbock und Habeck lieber um ihr Russlandbild Gedanken machen. Antirussische Reflexe haben im 75. Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in dieser Debatte nichts zu suchen. Wir fordern auch Aufklärung im Fall Nawalny. Immer neue skurrile Forderungen, die Ostseepipeline zu versenken, brauchen die Menschen im Nordosten nicht.

In dieser Ausgabe

Seite 2: Ostdeutschland
Seite 3: Kreisparteitag
Seite 4: Wahlauswertung
Seite 5: Aus dem Bundestag
Seite 6/7: Gedenken
Seite 8: Warnstreiks
Seite 9: Aus dem Bundestag
Seite 10: Landtagsfraktion
Seite 11: Termine
Seite 12: Bürgerschaft

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
auch in Zeiten der Pandemie ist politische Arbeit möglich. Wir halten Parteitage ab, wir ziehen in Wahlkämpfe, wir versuchen sogar, über Haustürgespräche mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Unsere Arbeit hat sich verändert, aber wir kämpfen beharrlich für unsere Inhalte, klopfen den Herrschenden auf die Finger. Dies spiegelt sich auch in dieser Klartext-Ausgabe wider.
Vor allem das Thema BUGA 2025 in Rostock wird uns noch lange beschäftigen. Im Oktober soll die Bürgerschaft den Weg frei machen für die Blumenschau und die damit verbundenen Infrastrukturprojekte. Alles dreht sich um diese Projekte, die teilweise (z.B. die Warnowbrücke) in der Bevölkerung sehr umstritten sind. Immer öfter fragen sich die Menschen, warum die Stadt Geld für neue Brücken, neue Parks und Rundwege hat, aber nicht für neue Straßenbahnen. So schön die Bilder in den BUGA-Präsentationen auch sein mögen, in Zeiten knapper Kassen muss Rostock Prioritäten setzen. Wir wissen, wo diese liegen und werden die weitere Entwicklung kritisch begleiten.
Bleibt alle gesund und passt gut auf Euch auf! Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion.
Carsten Penzlin

AKTUELLES

Regelbedarf für Grundsicherungsbeziehende müsste bei 658 Euro liegen, plus Stromkosten

Pressemitteilung von Katja Kipping, 16. September 2020

„Wenn man nur die offensichtlichsten Rechentricks der Bundesregierung eliminiert, liegt der Regelbedarf bei Hartz IV und anderen Formen der Grundsicherung für 2021 bei 658 Euro plus Stromkosten. Sozialminister Hubertus Heil muss endlich aufhören, die Regelsätze gezielt kleinzurechnen und Menschen dadurch in Armut und Vereinsamung zu treiben“, erklärt Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Ko-Parteivorsitzende, zu der von der Fraktion vorgenommenen Berechnung des Regelbedarfs bei den Grundsicherungen für 2021. Kipping weiter:
„Seit Jahren rechnet die Bundesregierung die Regelsätze für Hartz IV und andere Grundsicherungen mit vielen Rechentricks klein. Abgeleitet werden sie anhand einer Stichprobe von Ausgaben von Einkommensarmen und materiell Unterversorgten, den unteren 15 Prozent der Bevölkerung gemessen am Einkommen. Dabei werden zwar Grundsicherungsbeziehende nicht in diese Stichprobe einbezogen werden, wohl aber verdeckt Arme, Personen, die weniger Einkommen als Ausgaben haben, und Personen, die geringe Erwerbseinkommen haben und diese mit Hartz-IV-Leistungen aufstocken müssen. Außerdem werden viele statistisch erfasste Ausgaben dieser Personengruppe als nicht regelbedarfsrelevant eingestuft und somit nicht berücksichtigt. Im Ergebnis kommt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales so zu einem Bedarf von Ein-Personenhaushalten von lediglich 446 Euro.“

AKTUELLES

Die Entwicklung des Ostens als Chance begreifen

Der Jahresbericht zur deutschen Einheit ist erneut ein Beleg krasser wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede zwischen Ost und West. Im Osten ist eine deutlich geringere Wirtschaftskraft zu verzeichnen.
Jede Karte mit bundesweiten Sozialdaten lässt die Grenze zwischen der ehemaligen DDR und der früheren BRD erkennen. Auch nach Ablauf von drei Jahrzehnten ist hinsichtlich der Renten keine vollständige Anerkennung ostdeutscher Erwerbsbiographien zu verzeichnen, von bestehendem Rentenunrecht ganz zu schweigen. Bis heute sind Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Behörden und Medien Ostdeutschlands eher selten mit Frauen und Männern aus den neuen Bundesländern besetzt.
Angesichts einer multipolaren Welt und einer Vielzahl an Krisenerscheinungen, von denen die „Klima-Krise“ und die „Corona-Krise“ lediglich zwei, wenn auch herausragende sind, muss die Entwicklung des Ostens endlich als eine Chance, als ein Teil Deutschlands mit immensen Potentialen, begriffen werden. Voraussetzung ist eine Politik, die gezielt auf gleichwertige Lebensverhältnisse ausgerichtet wird. Dies betrifft zuvorderst die sozialen Fragen, wie beispielsweise gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit in Ost und West sowie bei Männern und Frauen. Auch muss sich die Angleichung der Renten schneller vollziehen und darf nicht bis 2025 auf sich warten lassen. Der Osten Deutschlands ist elend lange als verlängerte Werkbank des Westens behandelt worden. Es ist höchste Zeit insbesondere hier Innovationen und Kreativwirtschaft zu fördern und zu beheimaten. Der Osten kann in der Nutzung moderner Technologien und angewandter Wissenschaften zum Motor des Landes werden und somit entscheidend zu einer progressiven Entwicklung beitragen.
www.originalsozial.de

ROSTOCKER KREISPARTEITAG

Fortsetzung von Seite 1

Eva kritisierte auch die Arbeit des OB, der eine lösungsorientierte Kommunikation mit der Bürgerschaft verweigert und mit unreflektierten Ideen vorprescht. Sein Hang, die Arbeit der Verwaltung schlecht zu reden, ist auch nicht hilfreich.
Die Delegierten begrüßten unsere beiden Landesvorsitzenden. Wenke Brüdgam, die bald ihre neue Stelle als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Rostock antreten wird, thematisierte Moria, die Lehren aus der Corona-Pandemie und ging auch auf die veränderten Rahmenbedingungen für Parteiarbeit ein. Wichtig ist, dass wir schnell auf Themen reagieren und Akzente setzen. Auch wird es künftig monatliche Videokonferenzen der Basis mit den Landesvorsitzenden geben.
Torsten Koplin wies darauf hin, dass M-V (in dem fast jedes zweite Unternehmen in Kurzarbeit ist) auf schwere ökonomische, soziale und politische Konflikte zusteuert. Im kommenden Wahlkampf wollen wir gezielt gesellschaftliche Gruppen wie Frauen, Junge und Senioren ansprechen. Für den innerparteilichen Umgang wünscht er sich kulturvolle, konstruktive Kritik, und vor allem Geschlossenheit nach außen.
Carsten dankte den beiden für ihre Arbeit. In der Generaldebatte gab es dann ein paar interessante Beiträge, etwa zum Thema Klärschlammverbrennung (der Kreisvorstand wird sich demnächst noch einmal mit dem Thema beschäftigen). Robert Mielke berichtete über die Corona-Auswirkungen auf die Kitas und die Kinder. Als LINKE sollten wir mehr auf die Erzieher*innen zugehen und Probleme erfragen. Das Schulgeld für die Ausbildung sollte endlich abgeschafft werden.
Eva warb dafür, künftig verstärkt mit Haustürgesprächen in Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern in Rostock zu treten. Ein erster Test im Landratswahlkampf in Bad Doberan war sehr vielversprechend. Wir wollen das in Rostocks Stadtteilen fortsetzen und hoffen auf breites Interesse in den Stadtteilverbänden.
Dann stellten sich zwei Kandidatinnen für die Bundestagswahl vor. Susanne Krone aus Laage kämpft für die selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen am Leben. Durch ihre Arbeit bei der „Lebenshilfe“ und als ehrenamtliche Richterin am Landessozialgericht kennt sie die Problemlagen. Ina Latendorf aus Schwerin möchte ihre Erfahrungen aus der Arbeit beim Bürgerbeauftragten des Landes einbringen. Sie kennt die Schicksale einer ungerechten Gesellschaft und sieht sich als Lobbyistin für Menschen.
Für Rostock wird wieder Dietmar Bartsch für den Bundestag kandidieren; leider konnte er aus terminlichen Gründen nicht am Parteitag teilnehmen. Es steht ja auch die Landtagswahl vor der Tür, und die Rostocker Kandidat*innen nutzten die Gelegenheit, sich vorzustellen. Seyhmus Atay-Lichtermann, Wirtschaftsjurist aus der KTV, möchte sich für die Migrant*innen in unserer Gesellschaft einsetzen, konsequent gegen Rassismus, Islamophobie und Antisemitismus kämpfen. Auch die Überwindung der sozialen Spaltung und der Datenschutz gehören zu seinen Schwerpunkten. Michael Schneider aus Lütten Klein liegen die Themen direkte Demokratie und Arbeit am Herzen. Er möchte sich für

Vollzeitarbeitsplätze und gute Bezahlung auch bei Sub-Unternehmen einsetzen. Eva-Maria Kröger betonte in ihrem Beitrag die enorme Wichtigkeit der Verbindung zwischen Landes- und Kommunalpolitik. Die Themen Medien/Kultur bearbeitet sie im Landtag besonders gerne. Auch Christian Albrecht wird kandidieren, konnte sich aber wegen Krankheit den Delegierten nicht vorstellen. Der Kreisparteitag unterstützte die Kandidaturen der vier einstimmig.
Ebenfalls einstimmig beschloss der Parteitag einen Dringlichkeitsantrag des Kreisvorstandes zum Thema Flüchtlingscamp Moria. Zudem schickt unser Kreisverband auf Anregung von Hans Burmeister ein Solidaritätsschreiben an den Saßnitzer Bürgermeister Frank Kracht.
Die Delegierten besetzten auch den vakanten Platz im Kreisvorstand neu. Sara Klamann, die Vorsitzende des AStA an der Rostocker Universität, wird künftig im Gremium mitarbeiten. Herzlich Willkommen!

Text: Carsten Penzlin / Fotos: Andreas Reinke

***

Resolution des Parteitages: Moria - Lager auflösen und Menschenleben retten!

Im größten und völlig überfüllten Flüchtlingslager Griechenlands sind 13.000 Menschen gezwungen, schlimmste Bedingungen zu ertragen. Ein Drittel von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Seit langer Zeit schauen die Verantwortlichen in Europa und auch auf Bundesebene weg, weil sie sich davor drücken, Menschen aufzunehmen. Schlimmer noch: Offenbar sollen die Lager auf den griechischen Inseln abschreckend wirken, das heißt, die abstoßenden Zustände wurden absichtlich aufrechterhalten. Der unzureichende Schutz vor der Pandemie und eine aufgezwungene Massenquarantäne verschärften nun die katastrophale Situation der Unterbringung und führten zu einer Eskalation.
Moria brennt.
Tausende Schutzsuchende sind obdachlos und völlig auf sich gestellt. Deshalb fordern wir die sofortige Evakuierung aller Betroffenen sowie legale, sichere Fluchtmöglichkeiten. Eine europäische Lösung zu erwarten, ist richtig, dauert jedoch zu lange. Jetzt muss die Bundesregierung handeln und ihre Blockadehaltung überwinden. Die aktuelle Zusage der Bundesregierung, nur 1.000 Menschen aufzunehmen, ist bei Weitem nicht genug.
Mecklenburg-Vorpommern ist bereit, zu helfen. Die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat längst entschieden, Menschen aufnehmen zu wollen - natürlich mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE.PARTEI!
Der Kreisverband DIE LINKE. Rostock unterstützt alle Initiativen auf städtischer Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene, die sich für die Aufnahme der Geflüchteten einsetzen. Wir werden demonstrieren, Taten einfordern, innerhalb und außerhalb der Parlamente aktiv bleiben, Spenden sammeln und vor Ort helfen, sobald Menschen in Rostock eintreffen.
Wir haben Platz.

LANDRATSWAHL

Die Landratswahlen: Rückblick und Auswertung eines Wahlkampfes der ganz besonderen Art

Die Landratswahl liegt hinter uns. Mit einem Wahlergebnis von 11,7 Prozent dürfen wir uns keinesfalls zufrieden geben, trotzdem haben die Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes einen intensiven und engagierten Wahlkampf geführt.

Die Ausgangslage

Die Corona Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen ließen den Wahlkampf noch schwieriger gestalten, als das sonst der Fall ist. Gleichzeitig konnten wir mit Michael Noetzel einen äußerst fähigen, wenn auch recht unbekannten Kandidaten für die Landratswahl gewinnen. In der Vergangenheit wurden Landratswahlen mit anderen Wahlen, wie beispielsweise der Bundestagswahl, gekoppelt. Dieses Mal wurde allein der Landrat gewählt, das sollte sich direkt auf die Wahlbeteiligung auswirken.

Das Wahlprogramm

Genosse Noetzel ging mit drei klaren Schwerpunkten in den Wahlkampf, die sich auch deutlich in seinem Wahlprogramm widerspiegelten. Eine bürgernahe Verwaltung, die fachlich korrekt, zügig, transparent, effizient und an den örtlichen Erfordernissen ausgerichtet arbeitet, war ihm ein wesentliches Anliegen. Auch das Ehrenamt, ohne welches viele Lebensbereiche im Landkreis Rostock zu großen Teilen oder sogar komplett wegbrechen würde, gilt es zu stärken. Nicht zuletzt die selbstverwalteten Kultur- und Gemeinschaftsprojekte müssen finanziell unterstützt werden – dafür wollte er sich als Landrat einsetzen. In einem Flächenlandkreis wie dem Landkreis Rostock ist eine gute Infrastruktur essentiell, besonders der Öffentliche Personennahverkehr ist eine wichtige Lebensader für viele Menschen in der Region. Der Ausbau der Bus- und Bahnlinien im Landkreis war unserem Kandidaten daher ein weiteres besonderes Anliegen.

Der Wahlkampf

Schon lange vor der heißen Wahlkampfphase begannen wir damit, Michael Noetzel über eine Reihe von Werbeanzeigen im Wochenendblatt Blitz bekannt zu machen. Durch erreichten wir nahezu alle Haushalte und konnten durch ein sehr gutes Angebot diese Anzeigenreihe relativ günstig schalten. Zum Vergleich: ein halbes Dutzend Werbeanzeigen zur Landratswahl waren genauso teuer wie die einmalige professionelle Verteilung unserer Flyer zur Kreistagswahl vergangenen Jahres.

Manche der geplanten Infostände fiel aus, auch das Friedensfest in Graal-Müritz und weitere geplante Feste, wie in Lambrechtshagen, konnten durch die um sich greifende Pandemie nicht stattfinden. Trotzdem gab es für Michael Noetzel Möglichkeiten, sich den Bürgerinnen und Bürgern zu präsentieren und Fragen zu beantworten. In Güstrow konnte er sich beispielsweise auf einer Podiumsdiskussion präsentieren, auch in Laage gab es eine Veranstaltung mit ihm. In Krakow am See gab es einen größeren Infostand und auch in Gnoien, wo wir über keine aktive Basis mehr verfügen, war Michael Noetzel gleich mehrmals vor Ort.

Mit Unterstützung der Landesgeschäftsstelle haben wir verstärkt auch einen Wahlkampf im Internet geführt und zielgerichtet Menschen im Landkreis erreicht. Mit einem sehr geringen finanziellen Aufwand konnten wir mehrere zehntausende Menschen erreichen, auch die Facebook-Seite unseres Kandidaten erreichte innerhalb weniger Wochen fast 1.500 Likes – zum Vergleich: die Facebook-Präsenz des Amtsinhaber Sebastian Constien hat nicht einmal 500 Likes und erreicht damit entsprechend auch weniger Menschen.

Hilfe kam auch von der Bundespartei. Der Genosse Robert Maruschke arbeitet seit über zwei Jahren im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin und kümmert sich bundesweit um das Format der „Haustürgespräche“. Was auf den ersten Blick Vielen befremdlich vorkommen mag, hat aber einen signifikanten Nutzen. Wenige Tage vor Landratswahl ist unser Kandidat mit einem Team von zehn Genoss*innen durch Bad Doberan getourt und hat das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern an ihren Haustüren gesucht. Auch wenn naturgemäß nicht alle zu Hause waren oder die Türen öffneten, konnten viele positive Gespräche geführt werden. Nicht wenige Menschen waren freudig überrascht, dass DIE LINKE zu den Menschen kommt, um sich ihre Probleme anzuhören. Haustürgespräche können auch in zukünftigen Wahlkämpfen eine wichtige Rolle spielen.

Das Fazit

Das, womit niemand gerechnet hatte, trat am Wahlabend doch ein. Trotz einer niedrigen Wahlbeteiligung von unter 33 % errang der Amtsinhaber Sebastian Constien (SPD) bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Das Ausbleiben einer Stichwahl bei Landratswahlen ist ein Novum in der Geschichte des Landkreises. Der klare Wahlverlierer ist Stephan Meyer von der CDU. Obwohl Bündnis90/Die Grünen Herrn Meyer offiziell unterstützten, kam der Kandidat auf gerade einmal 24%. Das kann als eine klare Absage an schwarz-grüne Koalitionsbestrebungen gewertet werden.

Mit 11,7% haben wir im Vergleich zu den vorhergehenden Landratswahlen herbe Verluste hinnehmen müssen. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass bislang jede Landratswahl mit weiteren Wahlen, wie beispielsweise der Bundestagswahl, gekoppelt war. Diese Koppelungen führten nicht zuletzt zu einer stärkeren Wahlbeteiligung. Auch wenn wir mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden sein dürfen, muss festgestellt werden, dass unser Kreisverband ein solides Wahlergebnis eingeholt hat, mit dem wir uns nicht verstecken müssen. Es war richtig, einen eigenen Kandidaten zur Landratswahl aufzustellen. Wir haben den Menschen im Landkreis zeigen können, dass wir als LINKE nach wie vor für ein sozial gerechteres Land kämpfen und die Bürgerinnen und Bürger nicht allein lassen.

Nico Burmeister

AUS DEM BUNDESTAG

TROTZ ERHEBLICHER MEHREINNAHMEN WENIGER GELD FÜR PFLEGEHEIME

Eine Schriftliche Frage der Linksfraktion an das Bundesgesundheitsministerium ergab: Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen immer mehr Geld für die Plätze in Heimen zahlen – und das, obwohl die Einnahmen der Pflegekasse steigen. Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, beklagt die explodierenden Eigenanteile der Pflegebedürftigen:

„Es ist ein Rätsel, warum Jens Spahn bei den Pflegeheimen jahrelang gespart hat, obwohl die Pflegekasse zehn Milliarden mehr einnimmt als noch 2017. Die Eigenanteile für Pflegeheimbewohner explodieren, auch weil die Leistungen der Pflegeversicherung stagnieren.“ Spahns Kabinettsbeschluss zur Finanzierung von 20.000 neuen Stellen für Pflegehilfskräfte sieht Bartsch kritisch und fordert eine große Reform: „Neue Stellen in der Pflege sind richtig, aber der Gesetzentwurf ist trotzdem enttäuschend. Das Pflegeheim wird für Hunderttausende eine Armutsfalle bleiben. Eine spürbare Reduzierung der Eigenanteile und eine strukturell deutlich bessere Bezahlung für Pflegekräfte kommen nicht. Die Bundesregierung zieht aus Corona und der Explosion der Pflegekosten kaum Konsequenzen. Das ist ein Pflegeversagen. Wir brauchen einen großen Wurf, der Pflegeheimbewohner entlastet und die Beschäftigten angemessen bezahlt. Das muss in unserem reichen Land möglich sein.“

Die Antwort des Bundesgesundheitsministeriums zeigt, dass die soziale Pflegeversicherung für die vollstationäre Pflege 2017 rund 13 Milliarden Euro ausgab, 2018 12,95 Milliarden und im vergangenen Jahr 12,98 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr dieses Jahres betrugen die Ausgaben 6,49 Milliarden Euro. Die Einnahmen der Pflegeversicherung stiegen von rund 36,1 Milliarden (2017) auf rund 47,2 Milliarden Euro (2019), das ist ein Anstieg von mehr als 10 Milliarden. Zwar stiegen auch die Gesamtausgaben – von 38,5 Milliarden (2017) auf 43,9 Milliarcen Euro (2019). Doch der Anteil der stationären Pflege daran liegt seit drei Jahren fast konstant bei rund 13 Milliarden Euro, in den sieben Jahren davor lag er bei knapp 10 bis 11 Milliarden Euro.

Wegen der sparsamen Zuschüsse der Pflegekasse an die Heime müssen Pflegedürftige und ihre Familien die zusätzlichen Kosten für mehr Lohn und Personal über extrem gestiegene Eigenanteile nahezu allein tragen. So stieg nach Angaben des Verbands der Ersatzkassen die finanzielle Belastung eines Pflegebedürftigen in der stationären Pflege seit 2018 von 1.772 Euro pro Monat auf 2.015 Euro pro Monat in diesem Jahr.

AUS DEM KREISVERBAND ROSTOCK

Friedenslinde in Rostock

Im September ließ die Stadt am Jakobikirchplatz eine „Linde des Friedens“ pflanzen. Mit dabei war eine Grundschulklasse. Auf bunten Bändern konnten die Anwesenden ihre Wünsche für eine friedlichere Welt aufschreiben.

Die Präsidentin der Bürgerschaft Regine Lück fand in ihrer Ansprache gebührende Worte.

Fotos: Carsten Penzlin

TORSTEN KOPLIN ZUM TAG DER ERINNERUNG UND MAHNUNG

Überlebende der Konzentrationslager und Zuchthäuser begründeten vor 75 Jahren die Tradition, am zweiten Sonntag des Septembers alljährlich der Opfer des Faschismus zu gedenken. Sie haben mittlerweile ihr Vermächtnis in unsere Hände gelegt. Wir begehen diesen Tag als Tag der Erinnerung und Mahnung.

Alliierten Streitkräften der Sowjetunion, Großbritanniens, der USA und Frankreichs, Partisaninnen und Partisanen und Widerstandskämpfer aus vielen Nationen ist es zu verdanken, dass die deutsche Wehrmacht in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 in Berlin Karlshorst kapitulierte. Mit harter militärischer Gewalt mussten viele Zehnmillionen Deutsche dazu gezwungen werden, ihr Werk des Hasses, der Zerstörung und Selbstzerstörung zu beenden. Sie hatten Hitler gewählt, bejubelt oder geduldet und für ihn gekämpft. Insgesamt mobilisierte die Wehrmacht von 1939 an 18 Millionen deutsche Männer – fast alle die laufen konnten – um zerstörend, raubend und mordend über Europa herzufallen: vom Nordkap bis zum Kaukasus, von Marseille bis Leningrad. Weit überwiegend fühlten sich die Landser als Herrenmenschen, zumal im Osten Europas. Angetrieben hatte sie nazistische Überzeugung, vaterländisches Pflichtgefühl, nationaler Dünkel, Abenteuerlust oder Gleichgültigkeit – die Verrohung erzeugte die Art der Kriegsführung, verstärkt von der begleitenden Propaganda vom „Untermenschen“.

Den heutigen Gedenktag sehen wir in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem 8. Mai, den wir als einen Tag der Befreiung, der Befreiung von einem größenwahnsinnigen, diktatorischen Regime begehen. Dieses Regime hatte sich die Errichtung eines „groß-deutschen“ Reiches auf rassistischer Grundlage durch eine kriegerische Raumpolitik, vornehmlich im Osten, auf die Fahnen geschrieben. Schon vor dem Einmarsch in Polen wies Hitler unmissverständlich darauf hin, ich darf zitieren: „Der nächste Kampf wird ein reiner Weltanschauungskrieg, das heißt, bewusst ein Volks- und Rassenkrieg.“

Wir erinnern eines unsäglichen Leids. Der systematischen, industriellen Vernichtung von Menschenleben, der unbeschreiblichen Zerstörung wurde ein Ende gesetzt. Wir gedenken der Gefangenen der Konzentrationslager, der todgeweihten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Insassen der Heil- und Pflegeanstalten. Der heutige Tag ist ein Tag der Erinnerung an die unzähligen Opfer des von den Nazis entfachten Weltbrandes. Sowjetische Soldaten mussten die mit Abstand schwersten Opfer auf sich nehmen. Sofern sie den Krieg lebend überstanden hatten, kehrten sie in eine zerstörte, ausgeplünderte und ausgeblutete Heimat zurück; mehr als zwei Millionen von ihnen wurden in deutscher Gefangenschaft vorsätzlich ermordet, zumeist mit dem Mittel des Hungers.

Eine der ungeheuerlichen Gräueltaten des Krieges wurde am Rande Kiews, in der Schlucht von Babij Jar, begangen. Am 19. September 1941 nahm ein Armeekorps der Wehrmacht die ukrainische Hauptstadt ein. Eine Woche später wurde in einer gemeinsamen Besprechung von Wehrmacht und SS festgelegt, einen Großteil der jüdischen Bevölkerung zu töten. Mit öffentlichen Aufrufen forderte man die jüdischen Menschen der Stadt auf, sich am 29. September zwecks Umsiedlung auf einem bestimmten Platz einzufinden. Zum Erstaunen der Nazis kamen zur vorgegebenen Stunde viele Tausend Menschen zusammen. Zu Fuß mussten sie bis zu einer kleinen Schlucht am Rande der Stadt laufen. In nur zwei Tagen wurden in eben dieser Schlucht von Babij Jar 33.771 Menschen erschossen, überwiegend Kinder, Frauen und ältere Männer. Eine unvorstellbare Grausamkeit!

Kein Deut weniger brutal gingen die Deutschen vor, als sie sich nach verlorener Schlacht in Wolgograd auf dem Rückzug befanden. Das größte Naziverbrechen auf ostpreußischem Boden verübten sie in der Nacht zum 31. Januar 1945. 7.000 jüdische Menschen wurden von der SS auf das Eis der Ostsee getrieben. Dann begann das bestialische Morden. Die SS exekutierte jeden Häftling aus dem KZ Stutthof einzeln. Später spülte die Flut hunderte Leichen an den ostpreußischen Strand.

Mich lässt der Eindruck des Gedenkortes für die getöteten jüdischen Kinder auf dem Gelände von Yad Vashem nicht mehr los. Die Namen der Kinder, die man namentlich überhaupt noch ermitteln konnte, werden dort tagtäglich und rund um die Uhr verlesen. Es sind derer so viele, dass jeder Name im Verlauf eines ganzen Jahres nur einmal genannt wird.

Niemand weiß genau, wie viele Menschen zwischen 1933 und 1945 unter der Naziherrschaft allein in Europa getötet, verletzt, vertrieben oder traumatisiert wurden. Ihnen allen ist eines gemeinsam: Sie sind allesamt Opfer eines bis aufs Äußerste menschenverachtenden Systems. Opfer waren Kinder und alte Menschen, Kranke und behinderte Menschen, Priester und Pastoren, Lesben und schwule, Kommunisten und Sozialdemokraten, Sinti und Roma, Menschen jüdischen Glaubens, Polen, Griechen, Russen, Deutsche, Italiener, Ungarn, Briten, Franzosen, Dänen. Hinter dieser zweifellos unvollständigen Aufzählung verbergen sich unzählige einzelne Opfer. Jedes mit eigener Persönlichkeit, einer eigenen Geschichte, vor allem aber mit einer eigenen, unantastbaren Würde, die millionenfach mit Füßen getreten wurde.

Die Trauer um diese Opfer ist nicht differenzierbar. Unsere Trauer unterscheidet nicht zwischen Nationalitäten, Glaubensrichtungen oder Überzeugungen. Wir trauern um Menschen!

Auch in Rostock fand ein Gedenken statt. Es sprach Axel Holz, Bundesvors. der VVN-BdA

Diesen Tag als Tag der Mahnung zu begehen verlangt, sich mit aktuellen Ereignissen auseinanderzusetzen.

- Zu nennen sind die Morde von Kassel, Halle und Hanau
- Zu nennen ist der widerwärtige Sturm auf den Reichstag mit Reichskriegsflagge vor zwei Wochen
- Zu nennen ist die Mordserie des NSU – Landtag MV untersucht Mord an Mehmet Turgut (berichten von 47. Sitzung des PUA mit Zeugen vom Verfassungsschutz, eines Ex-Nazi und eines Ex- Sozialarbeiters

Was wir brauchen sind politische Bildung und Demokratieerziehung. Ein Aufklären über Ursachen und zusammenhänge. Nie-

mals dürfen wir durchgehen lassen, dass die Ursachen und die Auswirkungen des 2. Weltkrieges geschichtsverfälschend dargestellt und verdreht werden.
Diesen Tag als Tag der Mahnung zu begehen heißt, sich zu vergegenwärtigen, dass die Menschenrechte universell und nicht teilbar sind.
- Wenn Moria brennt, darf Europa nicht wegschauen.
- Wenn wir uns um Nawalny sorgen, dann muss uns gleichermaßen der Umgang mit dem Whistleblower Assange beschäftigen. Auf den einen wurde ein Giftanschlag verübt. Der andere wird mit Isolation gefoltert. Wird eigentlich mal die Frage gestellt, warum Enthüllungsjournalisten mit zweierlei Maß betrachtet werden?
Was wir brauchen, ist das Verständnis dafür, dass wir nur in einer solidarischen Gemeinschaft, einer, in der die UN-Menschenrechtskonvention geachtet wird, überleben können.
Den Tag der Mahnung zu begehen heißt, die Losung „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ hochzuhalten.
- Wir brauchen keine Verwirklichung der Forderung des US-Präsidenten Trump, mindestens 2 Prozent des BIP für Waffen auszugeben.
- Wir brauchen keine Beschaffung von Kampf- und Killerdrohnen, für eine auf Defensive ausgerichtete Bundeswehr.
Notwendig ist eine internationalistische Politik, die auf vier Prinzipien beruht:
1. Frieden, durch kollektive und gegenseitige Sicherheit, Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit.
2. Solidarische Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung.
3. Einsatz für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union.
4. Eine Reform und Stärkung der UNO.

Lasst uns in diesem Sinne am heutigen Tag der Mahnung und Erinnerung das Leben feiern und uns zugleich mit aller Ernsthaftigkeit für grundlegende Werte des Friedens, des Humanismus, gegen Faschismus, Antisemitismus und Rassenwahn einsetzen.

Grußwort der Präsidentin der Bürgerschaft Regine Lück zum Gedenken an die französischen Geistlichen des Kriegsgefangenenlagers B304 Gedenkstein Markgrafenheide

Liebe Mitglieder des Ortsbeirates, liebe Gäste,

Wir haben uns hier versammelt in Erinnerung an die von 1941 bis 1945 inhaftierten französischen Geistlichen des Kriegsgefangenenlagers B304. Hier waren vom 11. Februar 1941 bis zum 5. Mai 1945 ca. 60 französische Militärgeistliche interniert. Ihre Haft- und Arbeitsbedingungen waren hart. Sie arbeiteten in Warnemünde, in Rostock und in den umliegenden Dörfern. Trotz Schlägen und Demütigungen war ihre Lage im Vergleich zur Situation der polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter wesentlich besser. Sie arbeiteten in Marienehe, Krummendorf, Groß Klein, auf Bauernhöfen, auf dem Fliegerhorst, für die Straßen- und Tiefbau AG und die Organisation Todt. Sie bauten Baracken und andere Gebäude, füllten Bombentrichter oder teerten den Flugplatz.
10 bis 12 Stunden wurde täglich gearbeitet. 70 Pfennige am Tag wurden verdient.
Diese und andere Informationen haben wir dem Leistungskurs für Geschichte des Innerstädtischen Gymnasiums zu verdanken. Gesten habe ich von Herrn Dudek erfahren, es gibt auch ein Buch, in dem man weitere Informationen nachlesen kann.

Fakt ist, auf dem heutigen Territorium von Mecklenburg-Vorpommern gab es kein KZ-Stammlager. KZ-Außenlager wurden an militärischen Bauprojekten und Rüstungsstandorten eingerichtet. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung haben Studien durchgeführt. Allein 1943 wurden über 14.000 Zwangsarbeiter beschäftigt. Nach diesen Aussagen sind in den Lagern und auf Todesmärschen in Mecklenburg-Vorpommern mehrere Tausend KZ-Häftlinge ums Leben gekommen. Somit gelten die nationalsozialistischen KZ als Symbol für die Unmenschlichkeit des NS-Systems.
Wir sollten uns heute schon die Frage stellen: Welche Rolle spielen diese Gedenkstätten in unserem Gedächtnis? Ich bin der Auffassung, dass der Umgang mit diesen Orten wach gehalten werden muss. Gerade auch für die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Der Generationswechsel hat Konsequenzen für diese Orte. Zeitzeugen sind nicht mehr verfügbar. Umso wichtiger sind vor-Ort-Initiativen. Herzlichen Dank für die Initiative des Ortsbeirates!

Heute ist der 1. September, d.h., Weltfriedenstag. Und wenn jemand Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft wird, bekennt er sich zu dem Grundsatz: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Was heißt es aber, heute an der Beseitigung der Kriegsursachen mitzuarbeiten? Wie oft trifft man auf die Meinung beim Thema Atomwaffe – „davon haben wir ja nicht so viele in Deutschland und wir müssen in der NATO doch mitreden können.“ Da sage ich dann ganz klar: nach Hiroshima und Nagasaki geht das gar nicht! Da muss jeder gesunde Menschenverstand Widerspruch anmelden.
Das heißt also, in unserer Gesellschaft muss es vor allem um Bewusstseinsbildung gehen, auch international. Die Friedensbewegung ist noch lange nicht groß genug – im Interesse meiner Enkelkinder bedauere ich das außerordentlich, vor allem, weil doch die aktuellen Probleme sehr groß geworden sind.

Im vergangenen Jahr tobten 18 Kriege der höchsten Eskalationsstufe. Syrien, Jemen, Sudan, Nigeria und Afghanistan sind Orte massiver Gewalt. Und auch in Europa ist der Krieg wieder in greifbare Nähe gerückt. Die militärischen Konflikte spielen sich gewissermaßen vor unserer Haustür ab. Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO sind angespannt und werden nicht besser durch Militärmanöver und Truppenstationierungen. Engagierte Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner fordern zu Recht „Zivile Methoden zur Konfliktlösung“. Das heißt, Kommunikation, mehr Gehör, mehr Raum in der Berichterstattung und Mediation müssen sich hier noch stärker durchsetzen. Martin Luther King nannte das den Weg des gewaltlosen, ich würde heute sagen des gewaltfreien, Widerstandes.
Es geht also auch um Abrüstung. Statt diesen Weg zu beschreiten, fordert der US-Präsident von den NATO-Mitgliedsstaaten zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Militärausgaben. Dann wird das auch noch abgefeiert, wenn die meisten Länder dieser Aufforderung nachkommen. Deutschland liegt derzeit bei 1,2 Prozent, d.h., 36 Milliarden, für Militärausgaben.
Wir alle, die wir hier stehen, wissen, mehr Rüstung bringt nicht mehr Frieden, sondern macht Krieg wahrscheinlicher. Deshalb sollten wir uns auch noch stärker gegen Rüstungsexporte einsetzen. Deutschland muss mit seiner eigenen Kriegsgeschichte sich doch gerade auf diesem Gebiet mehr als zurückhalten.
Deshalb ist es gut, dass es solche Orte gibt, wie diesen. Dass engagierte Menschen aus dieser Region unserer Stadt vor 9 Jahren mit diesem Stein Gedenken und Erinnern an die französischen Zwangsarbeiter ins Gedächtnis vieler zurückgeholt haben.
Ich wünsche mir abschließend, dass möglichst viele der Anwesenden mit ihren Enkelkindern an diesen Ort zurückkehren und das Friedensthema zu einem Thema der Familie machen.

(Es gilt das gesprochene Wort.)

AUFTAKT FÜR VERTEILUNGSKÄMPFE

Die ersten Warnstreiks im öffentlichen Dienst machen derzeit mächtig Schlagzeilen, doch die mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes befinden sich bereits seit dem 1. September im Tarifkampf. Es geht um 4,8 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 150 Euro, um 100 Euro für alle Auszubildenden und um eine Arbeitszeitangleichung im Osten an das Westgebiet. Die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) findet die Forderungen der Beschäftigten überzogen. Sie fordern „Augenmaß“ und die Bereitschaft zum Verzicht. Angesichts klammer Kassen gäbe es keinen Verteilungsspielraum für Lohnerhöhungen. Verhandlungsführer Ulrich Mädge verstieg sich sogar in die Aussage: „Wenn wir in dieser Krise Löhne erhöhen, fehlt das Geld wieder an anderer Stelle, wie beispielsweise bei den Investitionen in die Bildung, ins Klima oder in die Infrastruktur.“ Und für VKA-Hauptgeschäftsführer Niklas Benrath ist es wichtig „dass die Folgen der Pandemie von der gesamten Gesellschaft getragen werden. Davon sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht ausgenommen.“

Die Reaktion der Arbeitgeber ist unerträglich. Noch vor Wochen wurden Krankenschwestern, Müllmänner, Erzieherinnen und Erzieher als Alltagshelden beklatscht. Sie waren es, die während des Lockdowns die Gesellschaft am Laufen hielten - teilweise unter erhöhtem Infektionsrisiko. Sie haben unsere medizinische Versorgung sichergestellt, unseren Müll abtransportiert und unsere Kinder betreut. Der aktuelle Tarifkampf ist deshalb das konsequente, mutige und selbstbewusste Auftreten der Kolleginnen und Kollegen, die jetzt fordern: Wer systemrelevant ist, der muss auch anständig bezahlt werden!

Mehr als nur ein Tarifstreit

Erinnert sei an dieser Stelle, dass die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst nicht einfach nur eine Tarifauseinandersetzung ist. Verhandelt wird mit dem Bundesinnenminister und auf der kommunalen Ebene mit Bürgermeistern und Kämmerern. Sie fordern von den Beschäftigten die Bereitschaft zum Verzicht, aber bei der Einführung einer Vermögensabgabe, die Reiche und Superreiche zur Finanzierung der Krisenkosten heranziehen würde, bleiben sie passiv. Diese Haltung nimmt schwache Schultern in die Verantwortung, weil sie starke Schultern entlasten möchte.

Seit Jahren sind die öffentlichen Kassen leer und insbesondere die kommunalen Finanzen derart klamm, dass der Investitionsstau der Bundesrepublik inzwischen bei deutlich über 100 Milliarden Euro liegt. Auch ohne Lohnerhöhungen fehlt also seit Jahren das Geld für Bildung, Klima und Investitionen. Und warum? Weil Menschen mit Vermögen konsequent verschont werden. Eigenartigerweise werden die milliardenschweren Einnahmeausfälle durch das Aussetzen der Vermögenssteuer oder durch die Aufstockung des Niedriglohnbereichs, die die Unternehmer aus der Verantwortung nimmt, existenzsichernde Löhne zu zahlen, nie zum Argument gegen Lohnerhöhungen herangezogen. Dabei sind gerade sie es, die dafür verantwortlich gemacht werden müssen.

Es geht ans Eingemachte

Die anstehende Tarifrunde zeigt, dass sich gesellschaftliche Entwicklungen zuspitzen und die vor uns liegenden Verteilungskämpfe ans Eingemachte gehen. Schon seit längerem fordern Arbeitgeber mit der sogenannten Sozialgarantie eine Festschreibung der Sozialbeiträge auf 40 Prozent – und das obwohl sie nach eigenen Berechnungen und Einschätzungen davon ausgehen, dass die Sozialbeiträge auf 50 Prozent steigen müssten, um die Krisenkosten stabil zu finanzieren. Und CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer hatte bereits im Herbst 2019, also noch vor der Pandemie, eine „Reformagenda 2020“ angemahnt, weil die Sozialsysteme an die „Grenzen des Möglichen und Machbaren“ gekommen seien.

Die Auseinandersetzung der Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst ist also deutlich mehr als eine Tarifrunde. Sie wird zum Auftakt für weitere Auseinandersetzungen um Verteilungsgerechtigkeit werden. Historisch hatten die starken Gewerkschaften stets die Rolle der Tariflokomotive, weil sie mit guten Abschlüssen zu Messlatte und Orientierung für die Abschlüsse in anderen Branchen wurden. Ein bisschen so ist es auch mit der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst. Nicht nur das Tarifergebnis, sondern vor allem die Art, wie diese Auseinandersetzung geführt werden wird, entscheidet über Niveau, Stimmung und Erfolg weiterer Auseinandersetzungen. Kämpfen heute die Beschäftigten unserer Krankenhäuser, unserer Müllabfuhr oder unserer Kindergärten für sich allein? Dann tun es vermutlich morgen auch die Beschäftigten von Karstadt, übermorgen die Kolleginnen und Kollegen der Automobilzulieferer und in der nächsten Woche die Busfahrer, Zugbegleiter und Service-Mitarbeiter im ÖPNV. Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst ist eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit und um die Frage, was uns öffentliche Daseinsvorsorge wert sind. Es ist aber auch ein Testlauf dafür, ob wir in der Lage sind, die anstehenden Verteilungskämpfe gemeinsam abzuwenden. Für DIE LINKE ist der Platz selbstverständlich an der Seite der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen aber mehr noch zum Organisator breit aufgestellter Antikrisen-Bündnisse werden, die uns in die Lage versetzen, die Verteilungskämpfe gemeinsam zu führen.

Ulrike Eifler (Bundessprecherin der BAG Betrieb & Gewerkschaft sowie Referentin für internationale Gewerkschaftsarbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

www.links-bewegt.de

KOLUMNE VON DIETMAR BARTSCH

Rechnung folgt

Der Haushalt 2021 ist ein Wahlkampfhaushalt, über den sich ganz besonders der Geldadel und die Rüstungsindustrie freuen dürfen.
Die Rechnung der Corona-Krise wird den Bürgerinnen und Bürgern nach der Bundestagswahl präsentiert. Diejenigen, denen es sehr gut geht in Deutschland, müssen keinen gesonderten Beitrag zur Finanzierung leisten. Das ist unfair und unsozial, weil so die einfachen Leute wieder für eine Krise zur Kasse gebeten werden.
Der Verteidigungshaushalt steigt weiter. Die Regierung hat diesen seit Amtsbeginn um 21 Prozent gesteigert. Für Rüstung gibt sie deutlich mehr Geld aus als für Bildung und Gesundheit zusammen. Das ist Wahnsinn, der nicht zu rechtfertigen ist.
Und die reichsten Deutschen? Sie sind weder in Kurzarbeit noch in Sorgen um die Miete. Einige profitieren sogar, ihr Vermögen ist auch in der Krise spürbar gewachsen. Das Land spaltet sich in immer mehr Krisenverlierer und wenige Krisengewinner.
Wir fordern eine Vermögensabgabe für Mulltimillionäre und Milliardäre und die Kürzung des Verteidigungsetats.
Das Geld sollte z.B. für die Ausstattung der Schulen und für mehr Lehrer eingesetzt werden. Wir haben vielerorts einen Bildungsnotstand, aber kein Land der Erde bedroht die Bundesrepublik.

Herzzerreißend

Moria war kein Flüchtlingslager. Moria war ein Gefängnis. Ein heillos überfülltes Gefängnis. Für 2.800 Menschen ausgelegt, waren 13.000 Menschen dort zuletzt eingepfercht. Ein Drittel von ihnen Kinder und Jugendliche. Ohne Hygiene, ohne Perspektive. Das Leben, das die Europäische Union den Menschen in Moria, und anderen Hotspots im Mittelmeer antut, ist menschenunwürdig. Berichte über Kinder, die versuchen, sich das Leben zu nehmen, sich vor Verzweiflung die Haare auszureißen, sie sind herzzerreißend. In Moria sind die Werte der EU in dieser Woche in Flammen aufgegangen.
Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union – eine Schande! Seit 2015 haben die Mitgliedsstaaten nichts gelernt, schleppen sich von Gipfel zu Gipfel, ohne jedes greifbare Ergebnis. Schlechter als in der europäischen Flüchtlingspolitik kann sich Politik nicht zeigen. Als das Corona-Virus Europa erreichte, haben die Regierungen gehandelt. Nicht alle gleich gut, nicht alle gleich schnell. Aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten Abstand gepredigt und Hygiene angemahnt. In Moria hat die griechische Regierung nach den ersten Corona-Fällen einen höheren Zaun um das Lager gezogen. Gleichgültigkeit ist offenbar ein schleichendes Virus, das die EU

zunehmend zersetzt.
Thüringen, Berlin, Bremen und unzählige Städte und Kommunen bieten seit einer gefühlten Ewigkeit an, mehr Menschen Schutz und Sicherheit zu ermöglichen. Auch Unions-geführte Länder wie NRW wollen inzwischen mehr tun. Horst Seehofer hat ihnen dies bislang verboten. Dies verstoße gegen die "Bundeseinheitlichkeit". Bundeseinheitliche Gleichgültigkeit. Das ist Horst Seehofers Politik für Geflüchtete. Mehr und mehr Menschen in Europa zeigen Empathie. Gehen auf die Straße, zeigen Seehofer die rote Karte. Sie stellen sich vor, was es bedeuten würde, wenn es das eigene Kind ist, das barfuß durch den Matsch watet, im Winter friert, keine Schule besucht. Diese Kinder können nichts für ihr Leben. Wir müssen ihnen helfen.
Ich erwarte, dass Seehofer, Merkel und die Europäische Union endlich aufwachen. Deutschlands Ratspräsidentschaft nutzen, um diesen menschenrechtlichen Tiefpunkt zu überwinden. Wir brauchen einen Sondergipfel der EU. Deutschland muss vorangehen. Horst Seehofer muss seine Blockade gegen Menschlichkeit aufgeben. Viele Länder, Städte und Kommunen sind bereit zu helfen. Sie haben den Platz, die Mittel und das Herz.

Österreich gewinnt Rentenduell mit Deutschland haushoch

In meinem Auftrag hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einem Gutachten die Rentensysteme in Österreich und Deutschland miteinander vergleichen. Die Unterschiede sind gravierend und lehrreich. In Österreich gibt es eine Rentenkasse, in die "nahezu sämtliche Erwerbstätige" einzahlen. Selbstständige sind schon seit den 1950er Jahren drin, Extra-Systeme für Politiker wurden 1997 gestrichen und Beamtinnen und Beamte werden seit 2004 schrittweise mit Übergangsregelungen einbezogen.
Den Unsinn der Riesterrente und der Rente ab 67 hat man in Österreich nicht gemacht. Es gilt weiterhin die Rente ab 65 Jahre. Das Rentenniveau beträgt in Deutschland derzeit 48,2 Prozent, in Österreich sind es rund 80 Prozent. Das bedeutet beim Durchschnittslohn 800 Euro mehr Rente in Wien als in Würzburg. Eine Grundrente, die die Koalition in Berlin eineinhalb Jahre diskutiert und klein gerupft hat, gibt es in Österreich schon lange, nur deutlich besser. Sie beträgt nicht 880 Euro, sondern 1114 Euro, die – wie jede Rente in Österreich – vierzehn Mal im Jahr ausgezahlt wird. Arbeitgeber zahlen in Österreich übrigens höhere Beiträge als Arbeitnehmer.
Was in Österreich möglich ist, muss auch hierzulande möglich sein. Es ist eine Blamage für das wirtschaftlich stärkste Land Europas, wenn die Renten 800 Euro niedriger sind als in Österreich. Das sollten sich unsere Bürgerinnen und Bürger nicht länger bieten lassen.
www.dietmar-bartsch.de

AUS DER LANDTAGSWOCHE IM SEPTEMBER

Schwerpunkte für besseres Leben und Lernen im Haushalt verankert

Zu den heute vorgestellten Eckpunkten zum Nachtragshaushalt 2020/2021, erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Meiner Fraktion ist es gelungen, im Nachtragshaushalt Schwerpunkte für ein besseres Leben und Lernen in unserem Land zu verankern. Wir haben im Vorfeld der Haushaltsberatungen Vorschläge eingebracht, von denen wesentliche Ideen übernommen wurden.

Zu unseren zentralen Forderungen gehören das unerlässliche Schulbauprogramm in Höhe von 100 Mio. Euro sowie das kostenlose Azubi-Ticket. An Schulen, an denen noch Bedarf besteht, wird die Ausstattung mit mobilen Endgeräten verbessert, der Sozialfonds soll um 3,5 Mio. Euro angehoben werden. Wichtig war uns, dass der Sommerferienhort fortgeführt und um 2 Mio. Euro gestärkt wird. Besonderen Wert legen wir auch auf die zusätzliche Qualifizierung und Beschäftigung von Arbeitslosen, für die eine Mio. Euro eingestellt wird. Ein ausdrückliches Anliegen ist uns, ein weiteres Ausbluten im Bereich des Kinder- und Jugendtourismus zu verhindern. Dieser soll nun mit bis zu 5 Mio. Euro zusätzlich unterstützt werden.

Mit unseren Angeboten können wir in den Bereichen Bildung, Soziales, Infrastruktur, Wirtschaft und Arbeit notwendige Impulse setzen. Gute Arbeit, gute Bildung und gutes Leben für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bleibt unsere Handlungsmaxime – vor, während und nach der Corona-Krise.“

Wem gehört der Boden? – Die wichtigste Frage für die Landwirtschaft

Zum 75. Jahrestag des Beginns der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone erklärt der agrarpolitische Sprecher der Linksfraktion, Dr. Wolfgang Weiß:

„Der 75. Jahrestag dieses historischen Datums lässt daran erinnern, dass das Bodeneigentum eine der wichtigsten Fragen für die Landwirtschaft ist. Als 1945 Rund 3,3 Mio. Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen auf dem Gebiet der späteren DDR an 560 000 Familien verteilt wurden, war das allerdings mehr als eine bloße Umverteilung von Eigentum. Es ging um die Heilung Jahrhunderte alten Unrechts des Landraubs durch den Altadel, der sich durch das ‚Bauernlegen‘ so lange bereicherte, bis es in vielen Dörfern kaum noch freie Bauern gab.

Es war aber auch eine Reaktion auf den gerade überwundenen Nationalsozialismus, denn die Verknüpfung des Großgrundbesitzes mit den Braunen Herrschern war gerade in Mecklenburg und Vorpommern eher die Regel. Zudem waren Millionen von Flüchtlingen und Umsiedlern eine neue Heimat, Arbeit und Brot zu geben. Diesen historischen Hintergrund gilt es, immer wieder in Erinnerung zu rufen.

Meine Fraktion tritt auch weiterhin dafür ein, dass der Boden den produzierenden Landwirten gehören soll und nicht in Hände von Spekulanten fallen darf. Die Privatisierungspolitik der Bundesregierung und der in ihrem Auftrag tätigen BVVG, die den ehemalig volkseigenen Boden der DDR nach wie vor zu Höchstpreisen verkauft und verpachtet, trägt dazu bei, den Bodenpreis in M-V so hoch zu treiben, dass einheimische Landwirte und Genossenschaften an den Geboten nicht mehr teilnehmen können.“

Kein atomares Endlager in Mecklenburg-Vorpommern!

Zur bundesweiten Suche nach einem atomaren Endlager erklärt die energie- und umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke:

„Wir dürfen nicht zulassen, dass Regionen in M-V für ein atomares Endlager auserkoren werden – selbst wenn es geologisch geeignete Gebiete gibt. Mit dem Zwischenlager Lubmin, in dem u.a. radioaktive Abfälle aus den Kraftwerken Lubmin und Rheinsberg lagern, wird M-V seiner Verantwortung gerecht.

Es ist verständlich, dass niemand ein Endlager in seinem Land, geschweige denn seiner Nähe haben möchte. Bei der Entscheidung für ein Endlager muss aber auch zählen, dass in M-V seit 30 Jahren keine Atomkraft erzeugt und der Energiebedarf bereits heute rechnerisch aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird. Jetzt sind die Bundesländer am Zug, die nach wir vor große Mengen radioaktive Abfälle produzieren. Auch sie müssen ihren Beitrag leisten. Die gesamte Debatte um ungelöste Fragen bei der Endlagerung des Mülls, unter dem noch 30 000 Generationen leiden werden, führt einmal mehr deutlich vor Augen, dass kein Weg daran vorbei führt, die Energiewende erfolgreich zu vollziehen.“

Kultur ist unverzichtbarer Bestandteil des Lebens – Kultur ist Pflicht

Zur Aussprache „Aus der Krise in die Zukunft – Kultur ist Pflicht“ erklärt die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Eva-Maria Kröger:

„Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben die Kulturlandschaft bis ins Mark getroffen. Spätestens jetzt haben alle erkannt, wie sehr Kultur fehlt, wenn sie nicht stattfinden kann. Noch immer befinden sich Künstlerinnen und Künstler im Existenzkampf, statt kreativ tätig sein zu können. Unsere Aufgabe muss sein, Kultur wieder zu ermöglichen, alle Kulturstätten zu erhalten und Veranstaltungen zu unterstützen.

Es ist höchste Zeit, Kultur nicht mehr als bereicherndes Extra zu betrachten, sondern als unverzichtbaren Bestandteil unseres Zusammenlebens. Sind Kommunen knapp bei Kasse, geraten Bereiche, die eigentlich gar nicht wirtschaftlich sein sollten, in den Zwang, besonderes wirtschaftlich sein zu müssen. Zeitgleich wächst das Aufgabenprofil der Kulturträger, ein Beispiel ist die Digitalisierung. Gefördert werden zwar Projekte, aber keine Infrastrukturen. Permanentes Einwerben von Drittmitteln, Eigenmitteln, prekäre Beschäftigung, Selbstausbeutung und fehlende Perspektiven sind einige der Folgen. Weil die Pflicht zur Kultur fehlt.

Es wäre ein Desaster, wenn kulturelle Einrichtungen schließen müssten. Wir alle haben die Erfahrung gemacht, dass Kultur, die gestrichen ist, nicht zurückkehrt. Was einmal weg ist, kommt nicht wieder.“

TERMINE

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 7.10.	15:00 Uhr	Außerord. Sitzung der Stadtteilsprecher*innen	Rostock	Geschäftsstelle
Di., 20.10.	20:00 Uhr	RLS: "Die Einheit - eine Abrechnung" mit Daniela Dahn (siehe unten)	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Fr., 23.10.	16:00 Uhr	Aufstellung unseres Direktkandidaten zur Bundestagswahl	Rostock	Stadthalle
Sa., 24.10.	10-15 Uhr	Klausurtagung des LRO-Kreisvorstandes	Sieversh.	Hotel "Ziegenkrug"
Mi., 28.10.	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher*innen	Rostock	Geschäftsstelle
30.10.-1.11.		Bundesparteitag	Erfurt	
Di., 3.11.	18:00 Uhr	RLS: "Die Strategie der Linken vor dem Hintergrund der Coronakrise" Vortrag und Diskussion mit Prof. Dieter Klein	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Sa., 14.11.	09:30 Uhr	Landesparteitag/Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Liste zur Bundestagswahl 2021	Rostock	Stadthalle
13./14.3.	10:00 Uhr	Landesparteitag/Vertreter*innenversammlung zur Aufstellung der Liste zur Landtagswahl	Bergen auf Rügen	Parkhotel

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute

Die Einheit – eine Abrechnung (Daniela Dahn)
Eine gemeinsame Veranstaltung mit Peter-Weiss-Haus e.V.
Eintritt: 5 Euro

In sieben Büchern hat Daniela Dahn sich mit der Einheit und den Folgen befasst, ein achtes war nicht geplant. Nun hat sie es dennoch geschrieben, denn die Zeiten sind danach: Nach dreißig Jahren Vereinigung ist die innere Spaltung zwischen Ost und West so tief wie eh und je; und es haben sich sogar neue Klüfte aufgetan, die unser Gemeinwesen erschüttern. Sie haben damit zu tun, dass die vermeintlichen Sieger der Geschichte das Erbe der beitrittsgeprüften „Brüder und Schwestern“ komplett ausgeschlagen haben.
Die Geschichte des Anschlusses der DDR ist eine Geschichte von Demütigungen, einer tätigen Verachtung ihrer Kultur, Literatur, Wirtschaft und sozialen Infrastruktur, die immer weiter fortwirkt. Dagegen steht eine geschichtsvergessene Ignoranz, die das Denken in Alternativen entsorgt hat. Erstmals beschäftigt sich die Autorin auch mit der Frage, wie das Ende des sozialistischen Systems die Welt verändert hat. Die „siegreiche“ Demokratie hat überall an Vertrauen verloren, weil sie von den Eliten, die sie tragen sollen, permanent entwertet wird. Und vor den großen Fluchtbewegungen der letzten Jahre stand die konsequente Weigerung, auch nur ein wenig von dem zurückzugeben, was der „Raubmensch-Kapitalismus“ sich zur Beute gemacht hat. Für das vereinigte Deutschland zeigt Daniela Dahn: Bevor der Rechtsextremismus die Mitte der Gesellschaft erreicht hat, kam er aus der Mitte des Staates. Aus Teilen des Sicherheitsapparates, der Bundeswehr, der Verwaltung.
Eine gemeinsame Erinnerungskultur, die sich beschönigender oder dämonisierender Legenden verweigert, gibt es in Deutschland noch nicht.
Was müsste sie berücksichtigen? Daniela Dahn gibt hier, streitbar und kompromisslos wie immer, mehr als nur Anregungen dazu.
Daniela Dahn, geboren in Berlin, studierte Journalistik in Leipzig und war Fernsehjournalistin. 1981 kündigte sie und arbeitet seitdem als freie Schriftstellerin und Publizistin. Sie war Gründungsmitglied des «Demokratischen Aufbruchs» und hatte mehrere Gastdozenturen in den USA und Großbritannien. Sie ist Trägerin unter anderem des Fontane-Preises, des Kurt-Tucholsky-Preises für literarische Publizistik, der Luise-Schroeder-Medaille der Stadt Berlin und des Ludwig-Börne-Preises. Bei Rowohlt sind bislang elf Essay- und Sachbücher erschienen, zuletzt «Wir sind der Staat!» (2013).
Daniela Dahn: Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute
Die Einheit – eine Abrechnung
Originalausgabe 288 Seiten

LYRIK

Seuche der Beschönigung
(von Jürgen Riedel)

Ist nettbescheidene Floskel
Stets dazulernen
mit Nicht-Eingeständnis von Unfähigkeit
infiziert
heißt dies personifiziert
in einem Wort
Spahn

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

Was Corona-Politik lehrt
(von Jürgen Riedel)

Symptome für Scheindemokratie:
Nicht nur Ökonomie- vor -Ökologie
Auch Wirtschaft- vor -Kultur
Wirkliche Demokraten immun
Gegen Unkulturitis

Nicht erst seit Moria
(von Jürgen Riedel)

Moral der Wahrheit ohne Rauchschwaden:
bereits bei EU-Gründung
krustete rußige Lüge
an europäischen Werten
von Regierungs-Brandstiftern
schon damals in Schutt und Asche gelegt

Wir brauchen eine Solidarische Gesundheitsversicherung. Eine Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen, auch Abgeordnete, Beamt*innen oder Konzernmanager*innen.
Für die Entprivatisierung des Gesundheitssystems.

www.die-linke.de/corona

DIE LINKE.

AUS DER BÜRGERSCHAFT

Seit über 10 Jahren verhandelt die Hansestadt Rostock mit dem französischen Sportartikel-Discounter Decathlon über eine Ansiedlung in Rostock. Für die einen ist es ein Skandal, dass diese Gespräche so lange dauern, für die anderen ein Beleg dafür, dass nicht jede Ansiedlung eines Unternehmens ein Gewinn für die Stadt ist. Hierzu gab es im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus eine hitzige Debatte. Decathlon expandiert auch in Deutschland aggressiv, ist auf dem besten Weg, eine marktbeherrschende Stellung zu erlangen. Das sollte Verfechter der Marktwirtschaft schon skeptisch machen, tat es aber im Ausschuss nicht. Wie immer wird mit der Schaffung von Arbeitsplätzen jeder kritische Einwand beiseite gefegt. Aber was werden das für Arbeitsplätze, oder besser: Jobs, sein? Das Einstiegsgehalt ist nur knapp über Mindestlohn; schlecht bezahlte Jobs seien doch besser als gar keine Jobs, erklärte sinngemäß der Decathlon-Vertreter im Ausschuss.
Dabei hatten wir doch gehofft, dass die Zeiten vorbei sind, in denen ein Niedriglohnsektor in Ostdeutschland blühende Landschaften bringen sollte. Mit guter Leistung könne man sich hocharbeiten, so das Argument von Decathlon. Aber wie man aus anderen Decathlon-Filialen weiß, hält es kaum jemand lange bei diesem Arbeitgeber aus. Betriebsräte gibt es ja auch in den meisten Filialen nicht. Die meisten Jobs in der Rostocker Filiale werden zudem nur in Teilzeit angeboten werden. Auch das schwächt die Organisationskraft der Belegschaft. Ein Teil der Vergütung ist erfolgsabhängig, das steigert den Druck auf die Arbeitskräfte.

Große Verkaufsflächen, wenige Mitarbeiter – so lässt sich prima Profit erwirtschaften, selbst mit niedrigen Preisen. Die Konkurrenz in der Innenstadt kann da nicht mithalten, zumal Fachkräfte im Verkauf auch höhere Lohnkosten mit sich bringen. Leider spielte die Situation der Einzelhändler in der Rostocker Innenstadt in der Debatte keine große Rolle. Warnungen gab es in der Vergangenheit genug, z.B. vom City-Kreis. Möglich wurde die Ansiedlung erst durch ein Zielabweichungsverfahren der Landesregierung, das alle diesbezüglichen Bedenken in den Wind schlug. Dabei weiß doch mittlerweile jeder, dass die Ansiedlung von Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ fatale Auswirkungen auf die Einzelhandelsstruktur in der City haben kann. Viele verödeten Stadtzentren zeugen davon. Auch in Rostock hört man viele Klagen über den Branchenmix in der Kröpi; ein Besuch lohnt sich kaum.
Das Zielabweichungsverfahren wurde vor der Coronakrise abgeschlossen. Im Gutachten heißt es, dass die Kaufkraft in Rostock so groß ist, dass die Verlagerung von Einzelhandelsumsätzen in Richtung Schutow prima verkraftet werden könne. Wegen Corona befindet sich Rostocks Wirtschaft aber in der Krise; es gibt Kurzarbeit in vielen wichtigen Betrieben. Niemand weiß, wie lange diese Krise andauern wird. Was wird aus den Werften, was aus der Kreuzfahrtindustrie? Im Einzelhandel geht man davon aus, dass selbst nach der Krise nichts wieder so wird, wie es mal war. Ist es dann klug, den Einzelhandel auf Rostocks „grüner Wiese“ weiter zu stärken? Bräuchten wir nicht eigentlich ein neues Zielabweichungsverfahren, das die veränderte Situation berücksichtigt?
Natürlich ist ein Geschäft vor Ort ein Gegengewicht zur erdrückenden Internetkonkurrenz, insbesondere Amazon. Viele Menschen – auch Geringverdiener – freuen sich, bei Decathlon preiswerte Sportgeräte kaufen zu können. Aber dies darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer*innen gehen! Im Einzelhandel hat die Tarifbindung in den letzten Jahren dramatisch abgenommen. Expandierende Unternehmen wie Decathlon setzen auch hier negative Trends. Dagegen sollten wir als Linke vor Ort konsequent ankämpfen.

Carsten Penzlin (Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus)

Gewinner: Niemand.
Verlierer: Olaf Scholz. Der „Kanzlerkandidat“ der SPD kann die Sozialdemokraten nicht aus dem Umfrageloch holen.

MONATSZAHL

Der Verteidigungshaushalt: 2018: 38,5 Milliarden, 2019: 43,2 Milliarden, 2020: 45,6 Milliarden, 2021: 46,8 Milliarden. Der Rubel rollt in die Rüstung. Ob Corona oder nicht. Dass die SPD diese Entwicklung nicht stoppt, ist enttäuschend.

MONATSZITAT

„Je schlechter des Deutschland geht, desto besser für die AfD.“ Christian Lüth, ehemaliger AfD-Sprecher, hat mal ausgesprochen, was viele AfD-Politiker denken.

LYRIK

Geerdet *(von Janina Niemann-Rich)*

Blätterhaufen
Erntezeit
Igelglück

Herbst *(von Janina Niemann-Rich)*

Weinlaubbunt
fließt Jahreszeit
bis Nebel ihn hüllt

Farbenspiel *(von Janina Niemann-Rich)*

Herbstbunt
bemalte
Septembersonne

Demokratiegegner *(von Jürgen Riedel)*

Reichsbürger genauso wie reiche Bürger
Für ihre goldader-herzen
Zählen nur Kontostandmillionen:
Gemeinwohl keinen Cent wert

Wie bei den Brüdern Grimm
(von Jürgen Riedel)

mit softer Stimme
als hätte er Kreide gefressen
begeistert Söder
viele Bayern sieben-Geißlein-naiv
voll Grimm denkt Geschichte zurück